

Antrag an die Bundesdelegiertenkonferenz der BAG Betrieb & Gewerkschaft am 19.03.2022

Antragsteller: Bundessprecher\*innen-Rat der BAG Betrieb & Gewerkschaft

*Die BDK möge folgende Resolution beschließen:*

## **Für Frieden in der Ukraine – gegen Aufrüstung der Bundeswehr**

Die Bundesdelegiertenkonferenz der BAG Betrieb & Gewerkschaft unterstützt die Haltung des Parteivorstands zum Krieg in der Ukraine. Als Linke lehnen wir Krieg als Mittel der Politik ab. Wir verurteilen den Angriff Russlands und fordern ein sofortiges Ende aller Kampfhandlungen sowie Verhandlungen für eine politische Lösung des Konflikts. Unsere Solidarität gilt insbesondere der vom Krieg betroffenen Zivilbevölkerung.

Gleichzeitig lehnen wir das unter dem Vorwand des Krieges angekündigte, in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellose Aufrüstungsprogramm für die Bundeswehr ab. Während selbst dringend nötige Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag unter Finanzierungsvorbehalt stehen, wurde durch den Bundeskanzler im Bundestag ein „Sondervermögen“ für die Bundeswehr von 100 Milliarden Euro angekündigt, dessen Zweckbindung für die Bundeswehr auch noch im Grundgesetz festgeschrieben werden soll. Hierdurch wird auch die Schuldenbremse des Grundgesetzes umgangen, während eine Aufweichung oder gar Abschaffung der Schuldenbremse für dringend notwendige Investitionen in vielen anderen Bereichen auch von der Bundesregierung nach wie vor abgelehnt wird.

Die Bundesdelegiertenkonferenz der BAG Betrieb & Gewerkschaft lehnt das angekündigte Aufrüstungsprogramm ab und unterstützt ausdrücklich die Forderung nach Abschaffung der Schuldenbremsen auf der Bundesebene und in den Bundesländern. Notwendig sind stattdessen Investitionen etwa in Energiewende und Klimaschutz, für gute Bildung und Gesundheit – für eine sozial-ökologische Transformation.